

2133/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dipl.Ing. Thomas Prinzhorn und Genossen vom 20. März 1997, Nr. 2210/J, betreffend rückwirkende Erhöhung der Mindest-Körperschaftsteuer, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Es besteht die Absicht, mit 1. Jänner 1997 eine Neuregelung der Mindest-Körperschaftsteuer in Kraft zu setzen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde am 15. April 1997 vom Ministerrat beschlossen und der parlamentarischen Behandlung zugeführt.

Zu 2.:

Von einer Qualitätsverschlechterung des Wirtschaftsstandortes Österreich kann wohl wegen einer marginalen steuerlichen Veränderung, wie dies bei der Mindest-Körperschaftsteuer der Fall ist, keine Rede sein. Schon die - vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene - Mindest-Körperschaftsteuer von 50.000 öS hat keine meßbaren Effekte in diese Richtung gebracht. Die Neuregelung, die ja eine relative Absenkung mit sich bringt, kann daher nach Ansicht des Bundesministeriums für Finanzen auch keine negativen Effekte auf den Wirtschaftsstandort Österreich haben.

Zu 3. :

Die Neuregelung orientiert sich an den Aussagen des Verfassungsgerichtshofes und wird - ohne der parlamentarischen Behandlung vorzugreifen - auch nicht in den Verfassungsrang erhoben werden.

Zu 4.:

Ich erwarte keine "Beschwerdeflut" gegen die Neuregelung, weil sie sich an den Aussagen des Verfassungsgerichtshofes orientiert. Im übrigen wäre nach der mit dem aufhebenden Erkenntnis eingeschlagenen Spruchpraxis eine Beschwerdeflut auch gar nicht nötig, weil der Verfassungsgerichtshof in derartigen Fällen ohnedies eine rückwirkende Gesetzesaufhebung ausspricht.

Zu 5.:

Selbstverständlich werden Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes bei der "Erstellung neuer Steuermodelle" berücksichtigt. Wie die Erläuterungen zu der am 15. April 1997 im Ministerrat beschlossenen Regierungsvorlage zeigen, wurde die Neuregelung auf dem Spruch des Verfassungsgerichtshofes zur Mindest-Körperschaftsteuer von 50.000 öS aufgebaut. Überdies wird die Gesetzwerdung von einem zusätzlichen Gutachten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes begleitet werden.

Zu 6. :

Der Verfassungsgerichtshof schließt das Modell einer Mindest-Körperschaftsteuer in seinem Erkenntnis ausdrücklich nicht aus. Er meint allerdings, daß sich die Steuerhöhe an einer möglichen Kapitalrendite aus dem gesetzlichen Mindestkapital zu orientieren hat. Dies wurde bei der Neugestaltung der Mindest-Körperschaftsteuer berücksichtigt.

Zu 7. :

Zieht man als Vergleichsmaßstab die durch den Verfassungsgerichtshof herbeigeführte Rechtslage einer durchgängigen Mindest-Körperschaftsteuer von 15.000 öS heran, so ergibt die geplante Neuregelung ein geschätztes Mehraufkommen von 800 Mio. öS.

Zu 8.:

Die Mindest-Körperschaftsteuer wird immer anrechenbar sein. Dies gilt sowohl für die Mindest-Körperschaftsteuer der Jahre 1994 bis 1996 als auch für jene ab dem Jahr 1997.